Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 47 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maffstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 122 × Donnerstag, 1. August 1935 43. Jahrgang

Abessinien „europäisches Mandatsgebiet"?

Pariser Kompromiß oder englischer Versuchsballon? – Getarnte Opposition innerhalb des sächsischen Stahlhelms – Ein Stiftspropst unter Anklage der Devisenschiebung

Der Stahlhelm

Uniform- und Versammlungsverbot für Sachsen angeordnet

× Dresden, 30. Juli

Der Sächsische Minister des Innern erläßt im „Sächsischen Verwaltungsblatt" vom 30. Juli 1935 folgende Verordnung:

§ 1

Auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 („Reichsgesetzblatt" I S. 83) wird für das Gebiet des Landes Sachsen

1. das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung jeder Art, die die Zugehörigkeit zum NSDFB. (Stahlhelm) kennzeichnen,

2. das Abhalten von irgendwelchen Versammlungen einschließlich geschlossener Mitgliederversammlungen und sogen. Pflichtappelle sowie von andern Veranstaltungen (Konzerte usw.) im Freien oder in geschlossenen Räumen durch den NSDFB. (Stahlhelm) verboten.

§ 2

Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot fallen unter die Strafvorschriften des § 4 der obenerwähnten Reichspräsidentenverordnung.

§ 3

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

•

Die Maßnahmen des sächsischen Innenministers gegen den Stahlhelm kommen wohl für niemanden unerwartet. Seit längerer Zeit hatten sich die Berichte über Mißhelligkeiten und Zusammenstöße zwischen der Bewegung und dem Stahlhelm gehäuft. Immer wieder mußten die Staatsbehörden eingreifen. In einigen Ländern, so z. B. in Mecklenburg, wurden nicht unbeträchtliche Waffenmengen bei Haussuchungen gefunden. Typisch für diese Zustände ist die gestern von uns veröffentlichte Erklärung des Stahlhelmlandesführers in Schwerin, der dem Reichsstatthalter ehrenwörtlich versichert habe, daß der Stahlhelm keine Waffen besitze und der nun auf Grund der Ergebnisse der Haussuchungen feststellen muß, daß gegen seine ausdrücklichen Befehle von zahlreichen Stahlhelmangehörigen verstoßen worden ist, womit sie nicht nur gegen die Gesetze des Staates und die Befehle des Landesführers verstoßen, sondern auch seine eigene Ehre befleckt hätten.

All diese Meldungen ließen immer wieder das eine erkennen: Es gab innerhalb des Stahlhelms Kreise, die es ablehnten, sich rückhaltlos positiv zum neuen Staat einzustellen, wie es der Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Seldte, von allen seinen Anhängern ausdrücklich verlangt hatte. Es wurde immer klarer, daß nach 1933 Elemente in den Stahlhelm eingedrungen waren, die vor 1933 in dieser Organisation, die das Erbe der Front bewahrte und hütete, nicht zu finden gewesen waren, sondern die damals ganz woanders gestanden hatten.

Es handelte sich bei diesen Elementen auf der einen Seite um solche, die keine Aufnahme in der NSDAP. gefunden hatten, ferner um Leute, die irgendwo Anschluß suchen wollten und nicht den Mut hatten, direkt zum Nationalsozialismus zu gehen, schließlich — und das waren die gefährlichsten — um solche, die bewußt, teilweise auf Befehl ausländischer Stellen, in den Bund eintraten, um seine Organisation für ihre politischen Zwecke zu benutzen. Diese ehemaligen Kommunisten und Marxisten hatten keinesfalls die Absicht, auf ihr ursprüngliches politisches Glaubensbekenntnis zu verzichten, sondern ihr alleiniges Ziel war es, mit dem guten Namen des Stahlhelms ihre und ihrer Auftraggeber politische Geschäfte zu besorgen. Wer die Taktik des internationalen Kommunismus kennt, weiß, daß die Komintern ganz selbstverständlich diese Gelegenheit benutzte, um sich gewisse Stützpunkte im neuen Deutschland zu schaffen, nachdem ihre eigene Bewegung zerschlagen worden war.

Die sächsische Regierung hat lange zugesehen und beobachtet. Sie hat die Stahlhelmführung oft genug auf gewisse unzuträgliche Vorkommnisse und Zustände hingewiesen. Leider ohne Erfolg. Deshalb hat sie sich entschlossen, auf Grund des ihr vorliegenden Materials energisch zuzugreifen. Aus diesem Material geht hervor, daß in den letzten Wochen immer wieder Beschwerden über die Verächtlichmachung des Hitlergrußes und der Staatssymbole durch einige Stahlhelmmitglieder eintrafen. So z. B. zwang in einem sächsischen Dorf ein Stahlhelmer seinen Knecht, die von ihm zum Schmuck des Hauses angebrachten Hakenkreuzfähnchen wieder zu entfernen. Ein andrer Gutsbesitzer übte einen derartigen Druck auf seine Angestellten aus, daß sechs von ihnen, um ihren Posten nicht zu verlieren, aus der Partei austraten, nachdem drei schon vorher entlassen worden waren. In dieses Bild passen auch gewisse Boykottdrohungen gegen Gastwirte, die sich nicht völlig auf den Stahlhelm-Standpunkt stellten.

Die Stahlhelmführung ist gegen diese Vorkommnisse nicht eingeschritten, sondern hat sich im allgemeinen passiv verhalten. In einfache Stahlhelmer konnten aus gewissen Aeußerungen der Führer entnehmen, daß die Führung mit ihrem Verhalten im Grunde einverstanden war. In dieser Ansicht mußten sie auch dadurch bestärkt werden, daß z. B. in einem Fall ein vorher mit Schutzhaft bestrafter Stahlhelmführer bei einem öffentlichen Umzug ostentativ an der Spitze seiner Kompanie marschierte.

Es ist selbstverständlich, daß der Staat gegen diese bewußte Opposition einschreiten mußte, wollte er nicht seine Autorität aufs Spiel setzen. Er hat deswegen für das Gebiet des Landes Sachsen das Tragen von Abzeichen und Stahlhelmuniformen verboten und ebenso das Abhalten aller Versammlungen, Appelle usw. Eine völlige Auflösung des Stahlhelms ist nicht angeordnet worden, um dem Verband die Möglichkeit zu einem letzten ernstlichen Versuch zu geben, die ihm angehörigen Mitglieder in dem Sinne zu erziehen, an dem ihn sein Name als nationalsozialistischer Frontkämpferbund verpflichtet.

Das Ergebnis der Pariser Aussprache

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 31. Juli

Zwischen England und Frankreich ist es im Laufe der gestrigen Besprechungen Lavals mit Eden zu einer in allen wesentlichen Punkten völligen Uebereinstimmung in der abessinischen Frage gekommen, und wenn im Laufe des heutigen Tages die Unterredung Laval-Eden sich zu einem englisch-französisch-italienischen Dreiergespräch erweitert, dann dürfte, nach den heutigen Berichten der englischen Presse, der italienische Delegierte Baron Aloisi sich einer festen englisch-französischen Front gegenübersehen, die gewillt ist, unbedingt eine kriegerische Austragung des abessinischen Streitfalles zu vermeiden.

Nach den Angaben des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" scheint es, daß man in den Pariser Besprechungen übereingekommen ist, den Völkerbund diesmal nicht allzusehr mit der abessinischen Streitfrage zu „belasten". Man will sich auf den ursprünglichen Plan, den ständigen Schiedsrichter zu ernennen, vorläufig beschränken, um die Zwischenzeit, ehe man zu einer umfassenden Aussprache über die Gesamtfrage schreitet, zu einer Verständigung zwischen den drei Mächten auf der Grundlage des alten Abkommens von 1906 zu benutzen. Ob dieses Verfahren wirklich angewendet wird, hängt im wesentlichen von den heute morgen und gestern geführten Vorbesprechungen der Ratsmächte ab.

Eden hat bereits gestern in der Pariser englischen Botschaft den portugiesischen sowie den tschechoslowakischen Gesandten, die beide ihre Länder auf der heutigen Ratssitzung vertreten werden, empfangen und im Gespräch mit diesen beiden Diplomaten die Lage zu klären versucht. Es ist im Augenblick noch eine offene Frage, worin die materielle französisch-englische Uebereinstimmung besteht und welche praktischen Vorschläge die beiden Länder Italien, Abessinien sowie dem Völkerbundsrat unterbreiten wollen.

Auf dem Wege zu einer Einigungsformel?

In Londoner diplomatischen Kreisen wurde im Laufe des gestrigen Nachmittags folgende Version des augenblicklichen Lösungsversuches des Konfliktes verbreitet:

„Abessinien wird einem Mandat der europäischen Völkerbundsmächte unterstellt, die gemeinsam mit der abessinischen Regierung das Land wirtschaftlich entwickeln werden. Keine europäische Macht erhält besondere Vorrechte, jedoch sollen Italien wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht werden. Die abessinische Regierung bekommt die Unverletzlichkeit ihres Staatsgebiets zugesichert. In der Wahl ihrer Berater wird die abessinische Regierung freie Hand behalten, jedoch muß sie sich auf Staatsangehörige der europäischen Völkerbundsmächte beschränken."

In dieser Beschränkung auf Europa liegt zugestandenermaßen ein Schlag gegen Japan. In den Abendstunden traf aus Addis Abeba in London eine Agenturmeldung ein, nach der abessinische Regierungskreise von den Grundlinien dieser Vorschläge in Kenntnis gesetzt worden seien. Die Meldung fügte hinzu, daß der abessinische Herrscher zu diesen Vorschlägen noch nicht Stellung genommen habe, wohl aber habe er verlauten lassen, daß ihm ein Abessinien, das mit Hilfe der europäischen Mächte wirtschaftlich entwickelt werde, lieber sei als ein unabhängig in Armut dahinsiechendes Land. Ueberraschenderweise findet sich in der heutigen Morgenpresse, von einem kurzen Nebensatz in den „News Chronicle" abgesehen, nichts über diese Londoner Erörterungen. Auf unsre Anfrage an zuständiger englischer Stelle weigerte man sich, offen irgend etwas über die Erörterungen verlauten zu lassen, hat sie anderseits aber auch nicht dementiert. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß ein Lösungsvorschlag mit den oben skizzierten Linien unlängst von Lord Lugard, der eine bedeutsame militärische Karriere in Ostafrika hinter sich hat, in einer Zuschrift an die „Times" gemacht worden ist. Man wird annehmen dürfen, daß die englische Regierung hier durch eine ihr nahestehende Person diesen Vorschlag inoffiziell in die Debatte hat werfen lassen.

Auftakt in Genf

Besprechungen zwischen den Delegierten

× Genf, 31. Juli. (Durch Funkspruch)

Der Mittwochvormittag war in Genf bereits mit einer großen Anzahl von Besprechungen der maßgebenden Ratsmitglieder ausgefüllt. Der italienische Delegierte Baron Aloisi hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, der darauf mit dem englischen Minister Eden zusammentraf. Eden sprach sodann mit dem abessinischen Vertreter Hawariate und dem Generalsekretär des Völkerbundes. Schließlich fand eine

Zusammenkunft zwischen Eden und Aloisi

statt, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob die beabsichtigte nichtöffentliche Sitzung des Völkerbundsrates am Mittwochnachmittag zur festgesetzten Zeit stattfinden kann. Von allen Seiten wird der Versuch gemacht, die Verhandlungen des Völkerbundsrates auf den Boden des eingeleiteten Schlichtungs- und Schiedsverfahrens zu führen und innerhalb weniger Tage zu beenden. Man hält es heute nicht für ausgeschlossen, daß ein Kompromiß in der Weise gefunden werden könnte, daß Italien der Ernennung eines fünften Schiedsrichters und der

Einbeziehung des gesamten Streitfalles in das Schiedsverfahren

zustimmt. Doch würde der englische Vertreter auch für diesen Fall gewisse Zusicherungen verlangen, die allerdings noch nicht im einzelnen angegeben worden sind.

Italien sucht Geld in England

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 31. Juli

Die italienische Regierung bemüht sich zur Zeit, in der Londoner City neue Handelskredite aufzunehmen. Wie der „Daily Telegraph" mitzuteilen weiß, ist es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß diese italienischen Bemühungen Erfolg haben werden. Londoner Finanzkreise seien schon durch die Aussicht, daß ihre Gelder für kriegerische Zwecke Verwendung finden sollen, einer Kreditgewährung nicht günstig. Aber selbst wenn einzelne Finanzkreise zu diesen Krediten bereit seien, dann würden sie von der Regierung gewiß in hohem Grade entmutigt werden.

Bresche für den Frieden

Zur Erinnerung an den 1. August 1914

Die 21. Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs sollte in der ganzen Welt ein nachdrücklicher Anlaß sein, sich der Schrecken und Nöte jener schweren Jahre zu erinnern. Heute des 1. August 1914 gedenken, heißt sich Rechenschaft geben über die seither aufgewandten Mittel und Bemühungen zur Verhinderung einer Wiederkehr solchen Unglücks. Leider muß man feststellen, daß der Wunsch der Völker nach unbedingter Friedenssicherung stärker ist als der Nachdruck, mit dem im allgemeinen die Regierungen die Friedenssehnsucht ihrer Nationen zu erfüllen suchen. Wir stehen erst am Anfang eines Ausbaues der Mittel zur Kriegsverhütung, solange es wohl Friedensgarantiepakte, aber zugleich auch Militärbündnisse gibt. Und der Schutz der Völker vor den Schrecknissen des Krieges ist solange Stückwerk, als die Rüstungstechnik, politisch ungebändigt, stets neue Kampfmittel zu restlosem Einsatz hervorbringt.

Bei solchen Gedankengängen greift man von selbst zu der großangelegten Friedensrede des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler aus der Reichstagssitzung vom Mai, in der er seine vor der ganzen Welt zur Aussprache gestellten 13 Punkte der deutschen Friedenspolitik bekanntgab. Wir können es uns versagen, des näheren nochmals auf die Gesamtheit der vom Führer aufgeworfenen Fragen und aufgestellten Vorschläge einzugehen. Wir haben dies an dieser Stelle schon oft getan. Es mag genügen, einen einzelnen Punkt herauszugreifen, nämlich die Anregung, auf den Krieg in der Luft zu verzichten und ihn unmöglich zu machen durch eine zwischenstaatliche, unbedingt bindende Uebereinkunft. Seit dem Weltkriege hat gerade die Gefahr aus der Luft für alle Völker ungeheuer zugenommen. Der Vorschlag des Führers — Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfzone — ist ein Vorstoß in ganz neuer Richtung. Es ist wohl jahrelang über eine Abwendung der Luftgefahr hin und her geredet worden, aber ohne jedes praktische Ergebnis. Adolf Hitler hat sich auch in dieser Frage als praktischer Staatsmann gezeigt, der der blassen Theorie feind ist, der sich an die vorhandenen Tatsachen hält und mit seiner Anregung darauf abzielt, im Bereich der Wirklichkeit neue Möglichkeiten zu eröffnen. Denn es kam dem Führer nicht auf die schöne Geste, sondern auf die Tat an, als er erklärte: „Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschaffen, aber das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unwirksam. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verbannen und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen wollen, als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend zu verfemen. Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am ehesten zum Erfolg führen kann."

So leitete dieser Punkt 9 der Friedensrede den Vorschlag, den Abwurf der genannten Bombenarten außerhalb einer wirklichen Kampfzone zu verbieten, ein. Diese Anregung war mit Absicht im Sinne eines schrittweisen Vorgehens begrenzt. Der Führer fuhr fort, daß diese Beschränkung bis zur vollständigen internationalen Verfemung des Bombenabwurfes überhaupt fortgesetzt werden könne, also bis zum restlosen Verbot jedes Bombenabwurfs sowohl innerhalb wie außerhalb der Kampfzone. Der Führer sah mit voller Absicht davon ab, sofort diese unbegrenzte Forderung zu erheben, um damit den Regierungen um so leichter die Möglichkeit zu bieten, in die praktische Aussprache einzutreten. Die staatsmännische Klugheit und nüchterne Erkenntnis der vorhandenen Hemmungen mannigfaltiger Art bei den fremden Politikern riet zu solcher Methode. Es kommt zunächst darauf an, ernsthaft Fuß zu fassen im Friedenskampfe gegen den Luftkrieg. Ist erst der Anfangsschritt getan, dann folgen die weiteren um so leichter nach.

Daß Deutschland bereit ist, jede Maßnahme mitzumachen, die auch zugleich die andern bei sich durchführen, daran ließ Adolf Hitler keinen Zweifel. Und insgesamt appellierte er an die staatsmännische Tatkraft der andern mit dem betonten Hinweis: „Wenn es einst gelang, durch die Genfer Konvention die an sich mögliche Tötung der wehrlos gewordenen Verwundeten und Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung zu verbieten und endlich